

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3
Verleger: Kurt Wörstmann, Nr. 15190-15197

Freitag, den 21. Januar 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3
Verleger: Kurt Wörstmann, Nr. 11753-54

Die fünf Jahresraten.

Bei den Besprechungen in Paris hat Staatssekretär Bergmann, wie wir erfahren, die schweren Opfer befohlen, die für Deutschland aus der Verletzung der Festschließung der Gesamtschuldung erwachsen, sich jedoch bereit erklärt, über die Festschließung der fünf Jahresraten zu verhandeln. Es hat sich noch kein Anhaltspunkt dafür ergeben, inwieweit die Entente bereit ist, Deutschlands unerlässliche Bedingungen zu berücksichtigen. Bergmann hat darauf hingewiesen, daß auch im Interesse der Wirtschaft der Entente Länder volle Klarheit geschaffen werden müsse. In den nächsten Tagen werden voraussichtlich die Verhandlungen mit den Unterhändlern der Entente begreifen. Formulierten deutsche Vorschläge werden vorgelegt werden. In der Entente-Konferenz am 24. Januar werden die Vorberichte der Ententevertreter beraten und danach die weiteren Verhandlungen sehr wahrscheinlich in Brüssel fortgesetzt werden.

Paris, 21. Januar. (W.T.B.) „Ere Nouvelle“ will wissen, daß die englische Regierung die deutschen Vorbehalte nicht annehmen wird.

Die Vorverhandlungen.

Paris, 21. Januar. (H.N.) Die alliierten Sachverständigen für die Brüsseler Finanzkonferenz stimmten in ihrer gestrigen Sitzung gewissen Vorschlägen bezüglich des deutschen Schuldenerlasses zu, die vom Obersten Rat nunmehr erwogen werden sollen. Diese Vorschläge weichen in manchen wichtigen Einzelheiten von dem ab, was in der deutschen Presse bisher als Grundlage für die Schuldenerlassung hingestellt wurde. Man wird Deutschland auffordern, in fünf Annuitäten je drei Milliarden Goldmark abzugeben, ohne sich bei der Festschließung dieses Betrages für die Zukunft festzulegen. Als Strafmaßnahmen bei Nichtbegleichung der festgesetzten Summe werden Beschlagnahme von Zolleinnahmen und Kontrolle verschiedener Monopole vorgelesen. Die Festschließung des Gesamtbetrages der deutschen Schuld wird bis zum 1. Mai 1921 verschoben werden.

Lord D'Abernon, der Vertreter Englands, bemerkte hierzu, daß diese Vorschläge nicht in Übereinstimmung mit dem Wortlaut des Friedensvertrages stünden und daher für diesen neu vorgeschlagenen Plan erst die Zustimmung der deutschen Regierung eingeholt werden müsse. Darauf wurde erklärt, daß Deutschland auch gewisse Zugeständnisse gemacht werden sollten, so werde die deutsche Regierung von der Verpflichtung, noch 300 000 Tonnen Schiffsraum abzuleisten, be-

freit werden. Der deutsche Vertreter Bergmann hob wieder hervor, daß die Vorschläge für ihn nicht annehmbar seien. Die Art einer Festschließung der Annuitäten sei vielleicht annehmbar, aber der Betrag von drei Milliarden sei, wie er immer wieder betonen müsse, zu hoch. Außerdem müsse ein Teil der Summe in Naturalien bezahlt werden dürfen. Die Verhandlungen dauern fort.

Ohne Amerikakredite keine Weltgesundung.

London, 21. Januar. „Wall Wall Gazette“ meldet aus New York: Hoover erklärte in einer vor dem Kaufmannsverband gehaltenen Rede, die Welt leide an Ueberproduktion und Ueberverbrauch. Eine Erholung könne nur stattfinden, wenn Amerika Europa auf einer ordentlichen und geeigneten Geschäftsgrundlage Unterstützung leihe. Es handele sich nicht um die Frage der Errichtung von Krediten als solche, sondern um die Frage des Charakters der von Amerika gewährten Kredite. Nichts sei für die gesamte Wirtschaftslage der Welt gefährlicher, als die weitere Gewährung von kurzfristigen Krediten. Die einzige Lösung seien langfristige Kapitalanlagen im Auslande.

Keinlich äußerte sich Wilson vor dem Landwirtschaftsausschuß des amerikanischen Repräsentantenhauses. Er trat für Bildung von Bankengruppen zur Finanzierung des Ausfuhrhandels und für eine private Kreditmaschinerie ein.

Das Staatsdepartement gab der Ansicht Ausdruck, daß von den alliierten Mächten keine Maßnahmen zur Lösung der drohenden Lage in Oesterreich getroffen werden können, ohne vorherige Beratung mit den Vereinigten Staaten. Bisher ist nicht bekannt, inwieweit die Vereinigten Staaten bereit sind, sich an dem Plan zur Unterstützung Oesterreichs zu beteiligen.

Die Hilfe für Oesterreich.

Genf, 21. Januar. Wie dem „Progres“ aus Paris gemeldet wird, haben sich die französische und die englische Regierung neuerdings dahin geeinigt, der am Montag in Paris zusammentretenden Entente-Konferenz eine internationale Hilfsaktion zugunsten Oesterreichs vorzuschlagen. Die Durchführung des Planes, der in einer Kreditbeschaffung von nicht weniger als 250 Millionen Dollar bestehe, werde jedoch in letzter Linie von der Teilnahme der Vereinigten Staaten abhängen.

Den lokalen und städtischen Parlamenten wird ein größeres Ausmaß von Freiheit in Aussicht gestellt.

Im übrigen betont die Regierungserklärung, daß das neue Kabinett den Ehrgeiz habe, eine starke Mehrheit aus allen Republikanern und allen Vertretern der Parteien, die auf dem Boden der Republik stehen, zu schaffen. Die Unterstützung derer, die durch Gewalt die Umwandlung der Gesellschaft versuchen, ebenso wie die Unterstützung derjenigen, die dem demokratischen Regime einen Schlag versetzen wollen, wird abgelehnt. Die Erklärung wurde wiederholt durch Beifall unterbrochen. Darauf wurden verschiedene Interpellationen verlesen. Um 6 1/2 Uhr wurde die Sitzung auf morgen vertagt.

Der Abstimmungskampf in Oberschlesien.

Der Terror und seine Folgen.

Wieder gehen aus Oberschlesien Nachrichten über terroristische Akte ein. In Mierau warfen Banditen Bomben vor die Schule. Der Hauptlehrer war schon einige Tage zuvor mit polnischen Drohbrieffen bedroht worden. Auf die katholische Schule in Kreuzdorf wurde ein Bombenattentat verübt, 15 Fensterscheiben wurden zertrümmert, und die Wände stark beschädigt. Nach dem Attentat versuchte der Hauptlehrer das Haus zu verlassen, um mit den Banditen zu verhandeln, er wurde jedoch mit Revolvergeschüssen empfangen und mußte fliehen. Auf das Direktionsgebäude der Zementfabrik „Silesia“ in Oppeln wurden am Donnerstag von unbekanntem Tätern zwei Bomben geschleudert.

Die Folgen dieses Terrorismus treten bereits in Erscheinung. Eine Anzahl deutscher Lehrer haben ihren Dienst wegen des herrschenden polnischen Terrors und wegen des unzureichenden Schutzes, der ihnen von den Behörden gewährt wurde, aufgeben müssen: Hauptlehrer Bahr aus Elguth, Lehrer Bäder und Lehrer Rende aus Kaminitz, Lehrer Gebauer aus Kutschau, Lehrer Seidel aus Guttentag, Hauptlehrer Selter aus Dombrowa, Lehrer Batton aus Zielenna wurde nach Polen verschleppt.

Angeichts dieser Tatsachen ist es unvermeidlich, die Frage aufzuwerfen, wie eine geregelte Abstimmung in Oberschlesien unter diesen Umständen zustande kommen soll. Wenn bereits heute den Deutschgestimmten das Leben in Oberschlesien unmöglich gemacht wird, wie wird das dann erst am Abstimmungstage sein und wieviel auswärts wohnende Oberschlesier werden sich bereit finden, die Fahrt nach Oberschlesien anzutreten? Der Terror droht die ganze Abstimmung über den Haufen zu werfen.

„Sturmriemen unters Kinn!“

Die deutschen Gewerkschaften beginnen jetzt mit aller Kraft die große Gefahr zu bekämpfen, die ihnen von der Vereinigten Kommunistischen Partei droht. Mit allen Mitteln setzen sie sich gegen diese Schädlinge zur Wehr. In unzähligen Entschließungen, die allerorts angenommen werden, fordern die Gewerkschaftsmitglieder rücksichtsloses Vorgehen gegen die Jünger Lenins im Interesse der Gewerkschaftsbewegung.

Heute morgen teilten wir den Beschluß des Deutschen Bauarbeiterverbandes mit, drei der bekanntesten Zellenbauer aus seinen Reihen auszuschließen. Der Brief, den der Hauptvorstand dieses Verbandes an die Chemnitzer Ortsverwaltung richtete, die einer der Ausgeschlossenen leitete, sagt den Kommunisten den allerschärfsten Kampf an. Er droht, sämtliche Verbandsmitglieder, die sich aktiv oder passiv an ähnlichen Zusammenkünften, wie der in Halle geplanten, beteiligen, auszuschließen. Dasselbe droht er dem Chemnitzer Verbandsvorstand an, falls er sich mit seinem ausgeschlossenen Vorsitzenden Bachmann auch fernerhin solidarisch erklären sollte. „Wir werden selbst“, so heißt es in dem Schreiben wörtlich, „vor einer Auflösung und Neugründung des Vereines nicht zurückweichen, um den verbrecherischen Unfug, den Verband durch kommunistische oder andere Sonderorganisationen zu ruinieren, niederzuschlagen.“

Dieser entschlossene Kampf der deutschen Gewerkschaften gegen die Moskauer Gewerkschaftszerstörer hat natürlich deren helle Wut erregt. Die „Rote Fahne“, die nur noch aus zwei hysterischen Schreikämpfen besteht, von denen der eine morgen und der andere abends erfolgt, füllt heute ihre ganze erste Seite mit einem Aufruf der Zentrale der R.P.D. Was sie sich in diesem Aufruf an Lügen und Verdrehungen leistet, ist nicht zu sagen. Man müßte den ganzen Umfang dieses Blattes berühren, wenn man jede einzelne widerlegen wollte. Aber wir schenken uns das. Wissen wir doch, daß die Kommunisten nach Lenin dazu verpflichtet sind, „wenn es nötig ist, sogar Lüge, Schläueit, illegale Methoden, Verschweigung der Wahrheit anzuwenden, um nur in die Gewerkschaftsverbände einzubringen, in ihnen zu bleiben, in ihnen kommunistische Arbeit durchzuführen.“

Die Zentrale der R.P.D. ruft in höchster Entrüstung aus, daß die Gewerkschaftsbureaucratie, die mit ganz geringen Ausnahmen offen in das Lager der Massenfeinde übergegangen sei, die die Gewerkschaften „zum stärksten Exploiter der Kriegspolitik der imperialistischen Bourgeoisie“ machte, die Gewerkschaften spalten will, „um wenigstens die Trümmer der mächtigsten Arbeiterorganisationen nach dem Unternehmertum weiter zur Verfügung zu halten“. Alle Schuld an der Spaltung der Arbeiterbewegung und an dem nunmehr zum Ausbruch kommenden Kampf in den Gewerkschaften trägt natürlich die Gewerkschaftsbureaucratie. Dieser Verhängnis stellen wir folgende Aeußerung des kommunistischen „Ruhr-Echo“ vom 15. Januar gegenüber:

„Die Spaltung der sozialistischen Parteien, zuerst der alten Sozialdemokratischen Partei, dann der Unabhängigen Partei, ist das bewußte Werk der Kommunisten gewesen, unternommen im Lebensinteresse der proletarischen Revolution.“

Dieses Zeugnis eines Kommunisten, der offenbar noch nicht die Leninschen Leitfäden über die Eroberung der Gewerkschaften mittels „Lüge, Schläueit usw.“ gelesen hat, entspricht vollkommen den Tatsachen. Aber man muß eben, um jene, die nicht alle werden, einzufangen, alle Schuld an der Spaltung den anderen zuschieben und sich als Retter des Proletariats aufspielen. Um diese „Rettungsaktion“ mit Erfolg durchzuführen, fordert die kommunistische Partei von ihren Mitgliedern, in den Gewerkschaften zu bleiben, um so die Revolutionierung von innen heraus vorziehen zu können.

Aber alle Kräfteanstrengungen werden den Kommunisten nichts nützen. Alle ihre phrasenreichen Aufrufe, mögen sie noch so sehr mit Kraftworten und militärischen Kommandos wie: „Sturmriemen unters Kinn!“ gespickt sein, werden an dem festen Willen der nichtkommunistischen Arbeiterschaft, die Einheit der Gewerkschaften zu erhalten, zerschellen. Die Arbeiterschaft darf sich in diesem Kampfe durch nichts beirren lassen. Sie hat die Pflicht, innerhalb der gewerkschaftlichen Verbände fest zusammenzustehen nicht nur gegen die Arbeitgebererschaft, sondern auch gegen die kommunistischen „Zellen“. Sie muß, wenn es nötig ist, mit derselben Energie, wie der Deutsche Bauarbeiterverband vorgehen und jene, die angeblich die Einheitsfront des Proletariats herstellen wollen, sie in Wirklichkeit aber zerschlagen, zum Teufel jagen. Tut sie das nicht, sieht sie dem Treiben der Schädlinge ruhig zu, oder unterstützt sie es sogar noch, dann wird in nicht allzu ferner Zeit die noch bestehende mächtigste Waffe der deutschen Arbeiterschaft, die Gewerkschaften, stumpf und unbrauchbar sein und das geeinte und kraftvolle Unternehmertum wird die freien deutschen Arbeiter zu Sklaven machen.

Das darf nicht sein! Die deutschen Gewerkschaften müssen leben, auf daß die Arbeiterschaft befreit werde! Darum: „Sturmriemen unters Kinn“ und den Kampf aufgenommen gegen die Zertrümmerer der freien deutschen Gewerkschaften!

Briands innere Politik.

Anschließend an die Auswärtige Politik behandelt die Regierungserklärung, die Briand in der Kammer abgab, die innerpolitischen Probleme. Sie verspricht rasche Liquidierung der Kriegsorganisationen, Reorganisation des Finanzamtes sowie eine ordentliche, regelmäßige und klare Finanzgebarung. In bezug auf die deutschen Wiedergutmachungen heißt es in der Erklärung:

„Aber wenn wir hoffen können, durch die Maßnahmen, bezüglich deren wir uns mit Ihrer Finanzkommission beraten werden, die finanzielle Krise zum Stillstand zu bringen, so ist es wesentlich, um sie schnellig zu beenden, daß der Staatsjah nicht mehr die Reparationen zu übernehmen hat, die Deutschland schuldig ist.“

Für Ackerbau, Handel und Industrie sollen die Einschränkungen aufgehoben werden, die im Kriege notwendig waren. Der wirtschaftliche und der Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete soll beschleunigt durchgeführt werden. „Das wird uns gelingen“, so heißt es, „durch systematische Dezentralisation und durch den Appell an die Initiative der Bewohner der verwüsteten Gebiete selber und durch eine bessere Gestaltung der Kredite an die verschiedenen verwüsteten Departements.“

Die Kriegsgeschädigten-Gesetze will die neue Regierung restlos durchführen. Die Kolonien sollen als wertvolle Hilfsquelle herangezogen werden. Ein umfangreiches Programm zur Entwicklung der wirtschaftlichen Aufrichtung der Kolonien durch Laten der Hygiene und des Unterrichts wird in Aussicht gestellt.

Ueber die Stellung des Kabinetts zur Arbeiterfrage befragt die Erklärung: Die Regierung ist entschlossen, den Arbeitern dieses Landes, die voller Patriotismus an dem Wert des Krieges mitgearbeitet haben und deren Ruhe und Klugheit eines der Hauptelemente der moralischen Stärke Frankreichs sind, die inmitten der sozialen Erschütterungen in der gegenwärtigen Stunde von der ganzen Welt bewundert werden, den weitestgehenden Kredit zu gewähren. Sie haben in der Tat begriffen, daß eine andere Haltung nur die Wirkung hätte, die gegenwärtigen Schwierigkeiten zu vergrößern und die Verbesserung ihrer Lage aufzuhalten. Die Regierung, die die Einwirkungen der wirtschaftlichen Krise auf die Arbeiterwelt aufmerksam verfolgt, ist es dieser schuldig, die geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um der peinlichen Lage derjenigen, die feiern mußten, abzuhelfen und die Mittel zu suchen, unserer Industrie das volle Vertrauen wiederzugeben.

Bemerkenswert ist die Haltung des Kabinetts Briand den Beamten gegenüber. „Es ist wichtig“, befiehlt die Erklärung, „daß die Beamten ihre Rechte und Pflichten in neuen Regeln festgelegt sehen, und daß sie das Mandat, das sie von der Nation haben, ausführen, ohne es jemals gegen die Nation verwenden zu können.“

Der Aufstieg.

„Eine vorübergehende Erscheinung“ — so hat Wilhelm der Ehemalige vor Zeiten die deutsche Sozialdemokratie tituliert. Der Sprecher dieses widerwärtigen Wortes hat die Zukunft nicht vorausgesehen, die ihn „vorübergehen“ und die Sozialdemokratie sein Erbe antreten ließ, er hat aber auch die Vergangenheit nicht gekannt. Er hat nichts davon gewußt, daß die Sozialdemokratie der neunziger Jahre schon auf eine lange Ahnenreihe zurückblickt, daß sie sich entwickelt hat aus Keimen, die Menschenalter vorher gelegt wurden. Ihn hat wohl niemand darüber aufgeklärt, daß vor Bebel und Liebknecht Marx und Engels gewirkt sind, daß mannigfache Fäden liefen von der Arbeiterbewegung des Jahres 1848 zu den Anfängen Lassalles und Bebels in den sechziger Jahren, daß aber auch dem Jahre 1848 wieder vorangehen mußte ein Wilhelm Weitling, der sich seinerseits fügte auf die Franzosen Fourier und St. Simon, deren Lehren von wandernden deutschen Handwerksgehilfen aufgenommen und in der Heimat verbreitet wurden. Auch hat Wilhelm wohl nicht geahnt, daß diese wandernden kommunistischen Handwerksgehilfen das Verbindungsglied sind zwischen der modernen Arbeiterbewegung und den sozialen Kämpfen vergangener Jahrhunderte, den Kämpfen der mittelalterlichen Handwerksgehilfen gegen die zunehmenden Ausbeutungsstrebungen des zünftlerischen Handwerks. So ist die scheinbar so junge Arbeiterbewegung Deutschlands in ihren Anfängen uralte.

Aber wer weiß davon, wer kennt die Brücken, die sich von einem zum andern schlagen, wer hat schon im Geiste den Aufstieg der deutschen Arbeiterklasse durch viele Menschenalter an sich vorbeiziehen lassen? Wilhelm II. war sicher nicht der einzige, der so gründlich über Wesen und Entwicklung der Sozialdemokratie irrte, der sie für ein Augenblicksprodukt hielt. Auch unter unseren eigenen Anhängern dürfte es nicht wenige geben, die noch sehr schlecht in der Geschichte der Arbeiterbewegung befangen sind. Ihnen allen wird das Buch willkommen sein, das Genosse Franz Klübs als Führer durch die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung vor wenigen Wochen veröffentlicht hat. Es heißt „Der Aufstieg“, ist erschienen im Verlag der Buchhandlung „Vormärts“ (S.M. 68, Lindenstr. 3) und kostet bei 112 Seiten Umfang 7,50 M.

In gedrängter Fülle gibt die Schrift von Franz Klübs den ganzen Entwicklungsgang der deutschen Arbeiterbewegung, wir verfolgen sie von den zünftlerischen zu den kommunistischen Handwerksgehilfen, erleben erstes Aufblühen im Jahre 1848, dann die große theoretische Wäuterung durch Marx und Engels, die Anfänge praktischer Organisationsbildung durch Lassalle, Bebel und Liebknecht, Bruderkämpfe vor 50 Jahren ziehen an uns vorbei, aber aus ihnen erhebt sich unter dem Druck der Reaktion die einheitliche Partei, an der selbst der fürchterliche Angriff des Sozialistengesetzes zerschellt. Stotze Jahre der Kämpfe und Siege ziehen vorüber, parallel zur Partei entwickelt sich die Gewerkschaftsbewegung zum mächtigsten Wirtschaftsfaktor. Gegen Ende trübt sich das Bild: der Weltkrieg und in seiner Folge die Parteispaltung. Aber in der Revolution wieder mächtige Garantien beschleunigten und vervielfältigten Wachstums.

Mit Recht ist diese gedrängte Entwicklungsgeschichte unter dem Namen „Aufstieg“ zusammengefaßt. Ihre Tendenz ist steigend in immer steilerer Kurve. Nur Unwissende, die von dieser Entwicklung nichts ahnen, können darüber lamentieren, daß „nichts erreicht“ sei. Anders lehrt es uns Klübs: „Aus dem gedrückten, oft verzweifelten, bei langer Arbeit und niedrigem Lohn dahinsiechenden Proletariat von ehemals ist heute der selbstbewußte, auf seine eigene Einsicht und die wirtschaftliche Macht seiner Klasse pochende Arbeiter geworden. An Schulwissen und Allgemeinbildung steht der Industriearbeiter zum hoch über seinen Vorfahren vor 60 Jahren, und das Kräfteverhältnis, das ihm die Organisation eingebracht hat, macht sich nicht nur bei Wahlen, im Kampf um Betriebsräte, um Mitbestimmung im Wirtschaftsprozeß geltend, es tritt auch in den Ansprüchen der Arbeiterklasse gegenüber den staatlichen Bildungs- und Kulturmöglichkeiten oft ungemüht zu Tage. . . . Das Ringen der deutschen Arbeiterklasse um Selbstbehauptung und Fortschritt hat sich — allen Anfeindungen zum Trotz — als ein Kulturfaktor von überragender Bedeutung erwiesen.“ Der Rückblick auf die Vergangenheit wird uns zum Sporn im Kampfe um die Zukunft. Müge mit diesem Erfolge jeder Parteigenosse das empfehlenswerte Buch lesen.

E. K.—r.

Ein Kommunist.

Von Willi Birnbaum.

Alle Welt kämpft heut die Kommunisten. Der Philister ballt seine Faust in der Tasche, den Frommen packt Entsetzen und er sieht in Gebeten die Hilfe des Allmächtigen an, der Paragrapheureitler zettelt lächelnde Zettel-Aktanden, Offiziere in und a. D. möchten jeden erschließen, Minister halten große Perschmetterungsreden. Und alles gipfelt in einem Phantom: Gewalt! Mit Säbel und Faust, häßlich und Gezeiter klaut Deutschland Bürgertum Ideen und tiefsteilgastes Reichskempfen auszurotten.

O, ich weiß wohl, Kommunisten sind gefährliche Leute — wenn sie in Scharen beisammen. Dann entfaltet sich gewaltige Lungenkraft, und ihr Chor wird zum Orkan; ihre Presse malt stannend Rot; keine andere Farbe findet da Duldung — es sei denn, daß auf Weiß noch Schwarz gepinselt wird; ihre Redner zeigen nicht mit großen Worten, gewaltig sind ihre Verprechungen, lichtblendend die Verheißungen. Das alles kann ich zur Genüge seit Jahren schon. Wenn ich ängstlich wär, würde auch mir das Gruseln kommen. Ich bin es nicht, lächelnd gerühig aber die, so es sind. Was tut es, daß man von Zeit zu Zeit mir fündet, dereinst — wenn sie am Ruder — gehängt zu werden. Die Denker waren so freundlich schon, mir den Laternenpfahl am Marktplatz meines Ortes als Nichtstätte zu weisen, die Weggenossen zu benennen, so da Leidgefährten werden sollen.

Und dennoch ist ein Kommunist mein Freund. Er war erst dieser Tage bei mir, und wir hatten lange Debatten, in denen ich laun zu Worte gekommen — denn häufig ist er (wie schließlich alle ihre Schläger). Ich gehe ihm von Zeit zu Zeit ein Buch — die weiß er arm ist wie eine Kirchenmaus, und Bücher heut teuer sind. Wochen ist es her, daß er zu mir sprach: „Ach, wie sind wir dumme! Mein Studium des Buches eine ganze Welt vor mir erschand, wie sie im Stern sich flüht. Es sind die Dinge so unendlich in einander geflocht, daß es nicht leicht ist, die Fragen über Nacht zu lösen.“ Und es gab ein Frage- und Antwortspiel den ganzen Abend bis in die Nacht. Ich war voller Hoffnung und guten Muts. Im Vorbeigehen erzählte er mir wenige Tage später, er habe das kommunistische Blatt abbestellt — weil es nur Schimpfe.

Welter bin ich ihm in einer Versammlung begegnet. Da legte er gar gewaltig los, sprach von dem Luxus der Einen, der fluchwürdigen Rot der Anderen, der Unrechtprechung unserer Tage, dem arroganten Ton der Offiziere und Berichter, dem nationalistischen Geriebe in vielen unserer Schulen, häßliche und spottete der Demokratie und des Parlamentis und predigte Gewalt und Blut. Wir gingen mitlämmen hernach durch dunkle Straßen zu unseren Angehörigen. Da jagte er mir: „Du hast Dich gewundert

Kettensprenger-Arbeit.

Von „roten Ketten“ das Volk zu befreien, hat die Sirefomann-Partei der Welt versprochen. Eine dieser vermeintlichen „Ketten“ war bekanntlich die „Ueberorganisation“, die in allen Tonarten angegriffen und als sozialdemokratisch verächtlich wurde. Man hat ja einen Teil der volkswirtschaftlichen Organisation unter dem System Hermes-Scholz „gesprengt“, man hat Kartoffeln und Fleisch freigegeben und die ungeheuerliche Preissteigerung erlebt, die nur auszubedenken war, Kartoffelbauern, Viehzüchter und Viehhändler jubilierten. Sie bekommen ihre Preise, während der kleine Beamte, die Witwe, der Angestellte und der Arbeiter nicht weiß, wie er Kartoffeln und Brot bezahlen kann, vom Fleisch ganz zu schweigen. Man hat dem Erzeuger und dem Handel die Freiheit zum Verdienen gegeben, der Masse des Volkes aber die Freiheit zum Hungern! Das ist die Arbeit der Deutschen Volkspartei!

Somit steht ihr Kampf gegen die „Ueberorganisation“ nur sehr windig aus. Da ist z. B. das Reichswanderungsamt, das unmittelbar nach der Revolution notwendig war, dessen Arbeit inzwischen aber gegenstandslos geworden ist. Für 1919 unter der „roten Herrschaft“ hatte es einen Etat von 1 Million. 1920 unter Sirefomanns Szepter hörte das Wandern auf. Der Etat dieses Amtes stieg aber auf 3 1/2 Millionen Mark. Sirefomanns Kettensprenger haben uns, wie gesagt, auch von der Zwangsbewirtschaftung der Kartoffeln „befreit“. Kostenpunkt: Etat der Kartoffelstelle für 1919, als sie die Kartoffeln tatsächlich bewirtschaftete, 900 000 M., für 1920, als die Kartoffel nicht mehr bewirtschaftet wurde, 2 100 000 M.! Wenn die weitere Aufhebung der Zwangswirtschaft ebenso billig wird, so wird man bald das Nationallied der Deutschen Volkspartei etwa so obändern müssen: „Von allen Geldern macht uns frei totischer die Deutsche Volkspartei!“

Ausländische Kondensmilch freigegeben.

Amlich meldet B.Z.: Durch Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 18. Januar 1921 ist der Handel mit der im Inlande befindlichen ausländischen Dauermilch und Dauerfahne jeder Art, also hauptsächlich mit ausländischer Kondensmilch und Trockenmilch, freigegeben worden. Wegen der Notwendigkeit, die Bewirtschaftung der Milch beizubehalten, werden die im Inlande hergestellten Dauermilchwaren von dieser Freigabe nicht betroffen.

Desgleichen bleiben, worauf ausdrücklich hingewiesen ist, die Einfuhrvorschriften, monach insbesondere die Einfuhr von Kondens- und Trockenmilch an die Bewilligung der Reichsstelle für Speisefette geknüpft ist, vorläufig unverändert bestehen.

Nationale Studentendemagogie.

Aus studentischen Kreisen wird uns geschrieben: Der Berliner Studentenvertretung lag dieser Tage ein Antrag der „Nationalen“ vor, der gegen die beabsichtigte Erhöhung der Kolleggelde protestierte. Da dieser Antrag keinerlei positive Vorschläge enthielt, andererseits die schlechte Finanzlage des Staates eine Erhöhung des Kolleggeldes unabwendbar macht, beantragte die sozialistische Studentenfraktion folgendes:

1. Die Kolleggelde sind nach der wirtschaftlichen Lage der Studenten stark progressiv zu staffeln.
2. Die Studenten sind in die Erwerbslosenfürsorge einzuschließen.

Man hätte nun meinen sollen, daß die rechte Seite der Studentenvertretung, die sonst so hochtönende Worte über „Eintreten für die wirtschaftlich Schwachen“ findet, diesen Antrag unterstützte hätte. Doch im Gegenteil! Ihr Hauptvorsitzender, der aus den Kapp-Tagen her berühmte Herr Conti, bekämpfte die Staffelnung der Kolleggelde nach der wirtschaftlichen Lage mit der Behauptung, daß eine solche Staffelnung „technisch unmöglich“ sei. Dabei ist doch z. B. an den höheren Schulen Hamburgs eine Staffelnung des Schulgeldes in ähnlicher Weise möglich gewesen! Ganz besonders protestierte dieser feudale Herr dagegen, daß Studenten „mit Arbeitslosen auf eine Stufe gestellt“ werden könnten. Das ist der soziale Rest der vielgepriesenen „Schühengrabengemeinschaft“. Jedenfalls hat diese Haltung der „nationalen“ Studenten bewiesen, daß es ihr bei der ganzen Antragstellung nur darum zu tun gewesen ist, unter

oh meiner Brandrede da drüben, nicht wahr? Und als ich bejahend nickte, deutete er mir: „Es ist Wahrheit. Wir brauchen Massen, um Macht zu sein. Da mußt Du in Gefühlen reden, Empörung, Racheinstincte lösen, Feuer fachen. Ich will Dir sagen, ihr seid dumm, daß ihr mit Vernunft eure Politik begründet. Verstand ist gut zur Lösung der praktischen Arbeit — aber nichts für Menschen vor Wahlen.“ Wir gingen ein Stück Weges schweigend nebeneinander her.

„Ihr habt zuviel Gewissen!“ begann er von Neuem. „Ihr wagt und prüft, demütigt, sammelt Wissen und Kenntnisse und wirt unablässig Tag um Tag. Ihr redet zu wenig radikal.“

Ich habe heute den ganzen Tag über keine Worte nachgedacht. „Verstand ist gut zur Lösung der praktischen Arbeit — aber nichts für Menschen vor Wahlen!“ War das die Taktik der List und Schlaueit? Oder ließ sich das Volk so leicht betören?

Der Wahlsieg wird es weisen. Indessen aber will ich meinem Freunde noch ein paar Bücher leihen. Mit Vernunft und Erkenntnis wird ihm auch ein wenig Gewissen kommen. Ich habe die Hoffnung noch

Kleines Theater: „Casanova's Sohn“ von Rudolf Thar. Das Stück ist eine Komödie in jenem perfürmierten Pariser Stil, der die gepfefferten Verhänglichkeiten des traditionellen Pariser Schwanks, wie er hier im Residenztheater gepflegt wurde, in mehr salonmäßiger Aufmachung mit allerhand geistreichenden sentenziösen Wendungen vermischt serviert. Auch Thar zeigt sich auf dem schlüpfrigen Parkett als ein geübter Balancer, der die Liebhaber solcher fragwürdigen Künste ein paar Stunden bis zum Falten des Vorhangs amüsierte. Er nimmt das alle Motiv ganzer Rivallitäten zwischen Vater und Sohn mit einer neuen Pointierung auf, die weiten Spielraum zur Ausmalung von Pikanterien bietet und zugleich, von Ferne wenigstens, den Ansehen einer Art von psychologischen Beleuchtung vorläuft. Ein Dämchen, das aus langer Weile einem schon bejahrten, aber immer noch als unwiderstehlich geltenden Donjuan ein Rendezvous in dunkler Nacht versprochen, hat in dem jungen Sohn desselben helle Leidenschaft entzündet. Er entbedt sich dem Papa, der in der Annahme, daß die Bewachung in der Dunkelheit nicht bemerkt würde, den jungen Mann statt seiner zu ihr schickt — nach Abgabe des Ehrenwortes, daß er den Betrug niemals verraten werde. Des Jünglings edle Seele findet auch kein Arg dabei. Er spielt die Rolle, die dem Vater zugedacht war, so vorzüglich, daß die Dame sich mit dem Alten mit Gewalt verloben will, bis sich der Irrtum aufklärt. Beglückt sinkt sie dem ebenso beglückten Jüngling in die Arme. Die Feindschaft und innere Unwahrheit des Ganzen wurde durch das unterhaltliche, hier und da ironisch charakterisierende Geplänkel des Dialogs, durch lächelnde, mächtige Gewandtheit und ein sehr flottes Spiel abgemildert. Eugen Burg als eleganter, schon etwas resignierter Donjuan, Madu Christianus als abenteuerlustige Dame und Heinrich Schrotz in der Figur des verumtrenten, erpresserischen Gatten mit Kavallerieallüren standen an erster Stelle.

den Studenten gegen die jetzige preußische Regierung Stimmung zu machen, aber nicht den wirtschaftlich schwachen Studenten irgendwie zu helfen!

Kommunistische Justizinterpellation.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat mit Unterstützung der Unabhängigen eine Interpellation über die Handhabung der Justiz in Deutschland eingebracht, namentlich wegen der ungleichmäßigen Anwendung der Amnestiegesetze. Die Interpellation beginnt mit folgenden Abfragen:

In letzter Zeit mehren sich die Fälle, in denen deutsche Gerichtsbehörden, namentlich auch in Anwendung des Amnestiegesetzes, Entscheidungen treffen, die alle reaktionären Bestrebungen begünstigen und nicht anders denn als bewußte Rechtsbeugungen, erwachsen aus der reaktionären Gefinnung des Richtertums, erachtet werden können. Bei zahlreichen Verfahren gegen Arbeiter wird die Amnestie aus wichtigen und sichtlich unzutreffenden Gründen für nicht annehmbar erklärt oder monatelang verzögert.

Es wird dann weiter Bezug genommen auf die Fälle Karloh, Kessel, Bogel, den Freispruch der Marburger studentischen Zeitfreiwilligen usw. Ferner wird der Justiz vorgeworfen, daß sie gegen General Ludendorff nicht einschreite, der auch nach dem Kapp-Putsch sich hochverräterisch betätigte, daß auf das Geständnis des Husaren Runge hin nichts geschehen sei, daß der Herausgeber der „Staatsbürger Zeitung“ ungehindert zum Mord gegen die Mitglieder des Bundes „Neues Vaterland“ auffordern könne usw. Das Verhalten der Justiz wird in Verbindung gebracht mit dem Erlaß des Reichsministers des Innern vom 8. August 1920, den wir seinerzeit publiziert haben.

Ferner liegt dem Reichstag eine unabhängig-kommunistische Interpellation wegen der Flensburger Vorgänge vor.

Entlassene Hochverräter.

Die in der Waldenburger Orgeß-Affäre Verhafteten sind gestern in der Tat bis auf den sehr schwer belasteten früheren Leutnant Müller aus der Haft entlassen worden. Die Unteruchung geht weiter, aber es wird wahrscheinlich nicht lange dauern, bis auch der Müller aus der Haft entlassen kann. Die Richter sind doch sehr nachsichtig, wenn es sich um Hochverräter aus der Bourgeoisie handelt.

Die „Schlesische Bergwacht“, unser Waldenburger Parteiblatt, hat die bei der dortigen Orgeß gefundenen Dokumente als Broschüre unter den Titel „Orgeß in der Falle“ erscheinen lassen. Die Sammlung ist wichtig, schon wenn man weiß, daß die Orgeßiten wieder aus der Falle entlassen sind.

Zu den Mitteilungen, die der „Vormärts“ in der Angelegenheit der Erfurter Waffenschiedungen macht, wird amtlich gemeldet, daß im Einvernehmen mit der Staatsanwaltschaft eine Untersuchungskommission eingesetzt worden ist, die aus einem Oberregierungsrat des Reichsjustizministeriums, einem Direktor der Reichs-Treu-Hand-Gesellschaft und einem Revisor des Rechnungshofes des Deutschen Reiches besteht.

Die Reichs-Treu-Hand-Gesellschaft ersucht uns um den notwendigen Hinweis darauf, daß die von uns berichteten Schiebergeschäfte des Erfurter Kell nicht mit ihr, sondern nur mit einem ihrer Angestellten namens Wenzel abgeschlossen worden sind.

Die britische Arbeiterpartei für Irland.

London, 21. Januar. (E.U.) Die Arbeiterpartei hat am Montagabend in Birmingham ihre Aktion gegen das britische Vorgehen in Irland begonnen. Henderson hielt eine Rede, in der er sagte, daß die Regierung mit den Sinnfeinern verhandeln müsse. Er schlug drei Richtlinien für eine vernünftige irische Politik vor: Man müsse den Irändern Vertrauen schenken, die Truppen zurückziehen und die Verantwortlichkeit für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung den lokalen Behörden überlassen. Eine Entschliebung in diesem Sinne wurde angenommen. Außer Henderson sprachen Clynnes und der Sekretär der Arbeiterpartei.

Philosophie und Schule war das Thema einer Veranstaltung der Kant-Gesellschaft. Es handelte sich natürlich nur um die höhere Schule. An die Spitze wäre eine Forderung des letzten Redners, Professor Spranger, zu stellen, in der Schule ebenfowenig einen Zwang zur Philosophie auszuüben, wie einen Zwang zur Religion. Wenn wir den Ausführungen des ersten Vortragenden, Dr. Freitag, folgten und eine — doch wesentlich vom Lehrer (oder etwa vom Ministerium?) zu formende systematische Antwort auf gewisse Weltanschauungsfragen bieten würden, dürften wir in der Tat Gefahr laufen, ein religiöses Dogma durch ein philosophisches zu ersetzen. So ist dem zweiten Redner, Dr. Behrend, der eine an den Fachunterricht sich anschließende philosophische Schulung des Geistes verlangt, im wesentlichen zuzustimmen. Ein Einführung in die Geschichte der Philosophie dürfte nach dieser Schulung — als Krönung des Ganzen — aber nicht fehlen, denn nur durch eine Bekanntschaft mit der Vielheit der Weltanschauungen wird der Schüler davon bewahrt, sein philosophisches Weltbild dem Zufall preisgeben zu sehen, dem Zufall, der ihm gerade dieses oder jenes Buch zuerst in die Hände spielt.

Dänische Hilfe für deutsche Wissenschaft. Die bedeutendste dänische wissenschaftliche Institution „Videnskabskabernes Selskab“ (Die Gesellschaft der Wissenschaften) hat einen Ausschuss gebildet zu dem Zwecke, die dänische wissenschaftliche Literatur denjenigen Ländern, die der Baltica wegen sich derartige Literatur nur schwer verschaffen können, unentgeltlich zu übermitteln. Bücher und Zeitschriften, die seit Januar 1919 erschienen sind, werden den Hauptbibliotheken in Deutschland, Deutschösterreich, Finnland, Belgien, Frankreich, Italien, Polen und der Tschechoslowakei als Geschenk übergeben. Alle für Deutschland bestimmten Zeitschriften stellt der Verein der Herausgeber dänischer Zeitschriften zur Verfügung. Alle öffentlichen Bibliotheken, die auf dänische Zeitschriften abonnieren oder noch nicht abgeschlossene dänische wissenschaftliche Werke gekauft haben, dürfen sich an „Videnskabskabernes Selskab“ Kontor für Bogforsenbeller, Heibergsgade 18, Kopenhagen“ wenden.

Russische Dramen in Deutschland. Das Stadttheater in Nürnberg wird das Schauspiel „Die Lüge“ von Bolodumar Shannuzich u. s. o. im Februar herausbringen. Damit gelangt zum ersten Mal ein Ukrainer unter deutschen Bühnen zum Vortritt — Gregor Jarosow, ein Russe, der im Auftrag des Arztes in deutsche Gefangenenschaft geriet, läßt ein Drama „Ara und Kawa“ im Verlage Gustav Kiepenheuer erscheinen.

Kolegerer Abend. Am Sonnabend wird im Schilleraal Hermann Kienzl, Ernst und Oesterer aus den Werken des herrlichen Dichters Helena Lamanski, Schaul polstümliche Lieder nach Kolegerers Texten vortragen. Der Abend wird am Sonntag wiederholt.

Die Ausbildung von Volksschullehrern im Oberrhein soll nach Grundrissen, die das Landwirtschaftsministerium aufstellt hat, im kommenden Frühjahr einleiten. Die wachsende Bedeutung des Oberrheinlands für die Volksernährung verlangt dringend Ausbildung und Belehrung in weiten Volksschulen, wofür die Volksschullehrer auf dem Lande besonders geeignet erscheinen.

Adolf Hoffmann über Kunst und Revolution. Adolf Hoffmann hat sich neulich durch die Berliner Kunstausstellung am Lektor Babushoff führen, und als er sich in den Räumen der Novembergruppe umsaß, sprach er das gefällte Wort: „Es hat alles, was bei der Revolution herausgelassen ist“

Mordprozeß Strauß.

Der Andrang des Publikums zu der Verhandlung gegen die Brüder Strauß ist auch heute noch außerordentlich stark. Die Absperrringmaßnahmen sind heute noch verschärft, da sich gestern eine eigenartige Episode abgespielt hatte. Bekanntlich ging das Bestreben der Behörde dahin, zu verhindern, daß sich in dem Zuhörerraum ein Kongreß der Schwerebröcher Groß-Berlins bilden würde. Es wurden deshalb im letzten Augenblick einwandfreie Leute Karten ausgegeben, und die Betreffenden dann durch die Saaltür hineingelassen. Man hatte aber nicht mit der Verbrecher-Schlauchgerechtheit gerechnet. Der mit der Ueberwachung des Saales betraute Kriminaloberwachmeister sah zu seinem Erstaunen auf den lediglichen Richter, Staatsanwälte und Rechtsanwälte bestimmten Tribünen ihm seit Jahren bekannte Gesichter auftauchen, und in kurzer Zeit sahen neben Staatsanwälten und Richtern einträchtig eine ganze Reihe bekannter „Schwerer Jungen“, u. a. die sämtlichen Mitglieder des Verbrecherklubs „Roland“.

Auf einen Wink der Beamten verließen diese Herrschaften schmolend die Tribünen. Nach Eröffnung der heutigen Sitzung durch Landgerichtsdirektor Engelmann wurde der Augenarzt Dr. Kasur vernommen, der bekundete, daß bei dem Kriminalwachmeister Krumbholz das durch eine Kugel verletzte Auge entfernt werden mußte.

Zwecks Aufklärung von gewissen Widersprüchen in den Aussagen der Angeklagten bzw. der Beamten werden die Kriminalkommissare Dr. Grünberg und Bünzger vernommen. Die Vernehmung gibt Anlaß zu einem längeren Hin und Her, da an die Zeugen von den Rechtsanwältin Dr. Löwenthal, Dr. Eisenstaedt und Dr. Schmidt eine große Anzahl Fragen gerichtet werden. Auf Antrag des R. A. Dr. Eisenstaedt wird ein Brief des Angeklagten, den er an seine „Liebe teure Anni“ (Frau Behrendt) geschrieben, vorgelesen. Der Verteidiger folgte aus dem Inhalt des Briefes, daß Frau Behrendt den Angeklagten Emil Strauß für einen gebildeten, anständigen Menschen halten mußte. Außer diesem stark schwülstigen Brief wird ein Gedicht des Angeklagten vorgelesen:

Zum Geburtsfeste meiner Schwester!

Ein Jahresring am Banne Deines Lebens,
Vollendet heut in vollster Symmetrie;
Sei es ein Tag voll schöner Harmonie,
Ein süßer Lohn der Mühe Deines Strebens!
Und wenn Gefühle leidvoll stillen Lebens
Dein Mark durchwühlten — meiner Sympathie
Sei treu verhaftet und verlag es nie:
Daß er, der Eine, den Du heut vergebens
Mit heißen Tränen und in heißem Schmerz
Zu ziehen suchest an Dein Rutterherz,
Daß er auch mir ein lieber Freund geworden.
Stich, dreimal Stich dem „notwendigen“ Morden
Ein Trost nur bleibst uns: Er starb für den Sieg,
Den Sieg des Geistes: „Niemals wieder Krieg!“

Die Beweisaufnahme wird hiermit geschlossen. Den Geschworenen werden 33 Schuldfragen vorgelegt werden. Diese lauten bezüglich der Brüder Strauß auf Mord.

Groß-Berlin

Explosionsunglück in den Deutschen Werken.

In der Maschinenfabrik der Reichswerke in Spandau am Hauptbahnhof entstand heute früh gegen 7 1/2 Uhr aus noch nicht aufgeklärt Ursache in einem kleinen Fabrikraum, in dem etwa 20 Arbeiter beschäftigt waren, eine Sauerstoffexplosion. Die Folgen waren außerordentlich schwer. Von den Arbeitern wurden zwei auf der Stelle getötet und sechs mehr oder weniger schwer verletzt. Sämtliche Drehbänke, etwa 30 an der Zahl, die dort aufgestellt waren, wurden durch die Explosion vollständig zerstört. Infolge des Luftdruckes gingen die Fensterscheiben in Trümmer. Einer der Toten ist vollständig in Stücke zerissen worden, so daß selbst die Gesichtszüge nicht zu erkennen sind. Die Verwundeten wurden nach dem Spandauer Krankenhaus geschafft. Beamte der Schutzpolizei waren sofort zur Stelle und spezialisierte Unfallstellen ab.

Von anderer Seite wird uns dazu gemeldet:

In der Kupferhütte der Lokomotivfabrik sollten heute morgen eiserne Träger für Lokomotivuntergestelle zurechtgeschnitten werden. Der mit den Arbeiten betraute Schweißer hatte eben die Verbindung zwischen einer großen Sauerstoff- und Wasserstoffflasche hergestellt, die das für die Schneidflamme nötige Gas erzeugt, als eine Detonation erfolgte. Die in diesem Raum befindlichen Arbeiter wurden durch die Explosion der unter einem Druck von 150 Atmosphären stehenden Stahlgasflasche an die Wand geschleudert. Die beiden Arbeiter Klische aus Berlin und Walter aus Spandau wurden durch die Stahlpilaster so schwer verletzt, daß der Tod auf der Stelle eintrat. Der Kupferschmelzer Kapp war von einem größeren Stahlstück getroffen worden, das ihm das rechte Bein oberhalb des Knies vollkommen abgetrennt hatte. Der Arbeiter Kautz hatte eine bedeutende Kopfverletzung und Gehirnerschütterung davongetragen. Weiter wurden schwer verletzt die Arbeiter Pichler, Bogedain, Stumpf und Jöllner. Ein in der Nähe wohnender Arzt legte die ersten Notverbände an und ließ die Verunglückten durch die Feuerwehr in das Spandauer Krankenhaus überführen.

Mord in Charlottenburg.

Ein Inder im Bett erwürgt.

Ein neuer Raubmord mit äußerst verwickelten Begleitumständen, die noch sehr der Aufklärung bedürfen, ist in der letzten Nacht in Charlottenburg verübt worden. Es handelt sich um einen aus Indien kommenden 26 Jahre alten Schokoladenfabrikanten Zint, der in der Leibnizstr. 21 wohnt und heute früh in seinem Bett erwürgt aufgefunden wurde. Es wird uns dazu gemeldet:

Zint, der studiert hat, war während der Kriegszeit im Auswärtigen Amt beschäftigt. Vor einem Jahre verheiratete er sich mit einer Tochter des Tischlermeisters Becker in der Leibnizstr. 21. Weil es sonst keine Wohnung finden konnte, zog das Paar vorläufig zu den Schwiegereltern. Der Mann betrieb seitdem als Mitinhaber einer Schokoladenfabrik in Moabit. Das Ehepaar trankelte schon seit längerer Zeit. Die junge Frau war wiederholt im Krankenhaus und seit acht Tagen war auch Zint bettlägerig zu Hause. Gestern war Zint zum erstenmal wieder aufgestanden. Abends um 10 Uhr legte er sich wieder zu Bett. Sie heute morgen seine Schwiegermutter sein Zimmer betrat, fand sie ihn im Bett regungslos auf dem Bauch in einer großen Blutflecke daliegen. Allem Anschein nach ist er erwürgt worden. Wie bisher vermutet wird, von Eindringern, die durch das offenstehende Fenster der Speisekammer vom Hof eingestiegen sein mögen. Darauf läßt der Umstand schließen, daß mehrere Koffer, die im Zimmer standen, aufgeschritten sind.

Ein politischer Mord!

Nach den bisherigen Ermittlungen steht es noch nicht fest, ob es sich um einen Raubmord im gewöhnlichen Sinne handelt. Gewisse Anzeichen sprechen dafür, daß auch ein politischer Mord nicht ausgeschlossen ist. Die Vorgänge und Ver-

Anton Nemec-Drac,

der Führer der tschechoslowakischen Sozialdemokratie, spricht heute, Freitagabend, in den „Prachtstälchen Alt-Berlin“, Blumenstr. 10, in öffentlicher Versammlung. Die Parteigenossen werden um zahlreiche Beteiligung gebeten.

hältnisse bedürfen jedoch erst noch einer weiteren Aufklärung. Der Ermordete ist der am 29. November 1893 in Sialot in Indien geborene Hindu Shi Singh, nach seinen Angaben der Sohn eines Kaufmanns und Rechtsanwalts. Singh, der hier Zint genannt wurde, kam im Jahre 1915 über Amerika nach Berlin und studierte hier. Außer seiner Berufsarbeit entwickelte er auch eine lebhaft agitatorische Tätigkeit. Er war Mitglied eines indischen Klubs, der für die Freiheit Indiens wirkt, betätigte sich als Schriftsteller und Wanderredner und war auch als ständiger Gast in verschiedenen Cafés bekannt. Ueber diese ganze politische Betätigung sprach er mit seiner Frau und seinen Schwiegereltern nur sehr wenig, obwohl er auch in seiner Wohnung oft Besuch von Landsleuten und anderen ausländischen Studenten erhielt. Die Angehörigen mußten im wesentlichen nur, daß er während des Krieges öfter im Wundorfer Lager unter seinen gefangenen Landsleuten tätig war.

Als Frau Becker heute morgen erwachte, nahm sie einen sehr scharfen Geruch wahr, der vom Schlafzimmer Singhs her durch das gemeinsame Wohnzimmer bis in ihr Schlafzimmer hinein vordrang. Sie weckte ihren Mann und ihre Tochter und alle drei sahen sich nach der Ursache um. Am stärksten war der Geruch in dem Schlafzimmer Singhs; in dem der Fenstervorhang herabgelassen war. Zu ihrem Entsetzen sahen die Eintretenden den jungen Mann in einer Blutflecke tot im Bett liegen. Der 1. Kriminalbezirk zu Charlottenburg, der sofort benachrichtigt wurde, rief den Nordbereitschaftsdienst des Berliner Polizeipräsidiums herbei. Kriminalpolizei und Gerichtsarzt untersuchten die Leiche und fanden eine schwere Schädelverletzung des Hinterkopfes, von der die Blutflecke im Bett herrührte, und um den Hals des Toten eine Schlinge aus einer Seilschnur, über die noch ein Handtuch gebunden war. Im Zimmer zeigte sich keine Unordnung, bis auf Papiere aller Art, die in dem engen Raume zwischen den beiden Betten und sonstwo zerstreut herumlagen. Sie stammten aus mehreren Lederkoffern, die aus dem Kleiderschrank herausgenommen und aufgeschritten waren. Auch die Schubladen des Nachtschranks waren durchsucht worden. Der ganze Befund läßt darauf schließen, daß der Mörder es nur auf Schriftstücke abgesehen hatte.

Blutlatten in der Mark.

Auf der Chaussee zwischen Kogdorf und Genthin wurde der Sohn des Gastwirts Schulz aus Kogdorf, der eine Radtour nach Brandenburg unternahm, von einem Wegegänger überfallen und getötet. — Eine grauenvolle Tat beging der Bänder Hans Kahl in Grieben. Kahl hatte mit seiner Stieftochter Erna Ruchs Geschwätzschmarotzereien. Gestern morgen überfiel er seine Stieftochter und tötete sie durch mehrere Messerstiche. Nach der Tat verübte Kahl Selbstmord durch Erhängen.

Goldbarren aus Messing.

Ein neuer Schwindlertrick.

Mit unechten Goldbarren „arbeitete“ ein Schwindlerkonfessionar, das auf eine eigene Art einen von ihm erdichteten Goldverlust ausbeutete. Die Leute veröffentlichten in einer Berliner Zeitung eine Anzeige, daß dem Acten des Hofjuweliers Werner in Berlin eine Tasche mit vier Barren Feingold im Werte von 65 000 M. verloren gegangen sei und daß Werner auf die Wiederbeschaffung eine Belohnung von 5000 M. aussetze. In der gefälschten Anzeige waren auch die angeblichen Zeichen der Barren, darunter der Stempel 550 und die Aufschrift Werner, angegeben. Hiernach ließ das Konfessionar Messingstangen in der Größe der angeblich verloren gegangenen Barren leicht vergolden und zeichnen. Mit diesen unechten Goldbarren fuhren die Fälscher nach verschiedenen deutschen Großstädten und boten sie Leuten zum Kauf an. In Hamburg gelang es den Schwindlern, auf eine solche vergoldete Messingstange 10 000 M. bares Geld und ein Brillantkollier im Werte von 2000 M. zu bekommen. In Leipzig wurde ein Händler Fritz Schneider, der aus Chemnitz stammt und in Berlin wohnte, festgenommen, als er in einer Schankwirtschaft versuchte, einen „Barren“ zu Geld zu machen. Mit ihm wurde auch ein gewisser Wonsowski verhaftet, der ihn bei dem Schwindel unterstützte. Die Polizei in Dessau ergriff eine Martha Becker, von der ermittelt wurde, daß sie mit einer Martha Schneider aus der Gieschiner Str. 90 in Berlin in Verbindung stand. Die Nachforschungen der Berliner Kriminalpolizei ergaben, daß der Hauptunternehmer des Schwindels ein Kaufmann Binbaum ist, der bei der Schneider, einem Straßenmädchen, wohnte. Auch diese beiden wurden festgenommen. Zur Aufklärung des ganzen Treibens ist es erforderlich, daß die Käufer, die schwer betrogen wurden, sich im Zimmer 103 des Berliner Polizeipräsidiums bei Kriminalkommissar Trettin melden.

Eine Beamtenwählerversammlung fand gestern für den Wahlkreis Tiergarten in der Pöppelhof-Brauerei statt. Das Referat hielten Regierungsrat Genosse Goslar und Presschef Genosse Krausold aus Hannover. Beide Staatsbeamte gingen ausführlich auf die Räte der unteren und mittleren Beamten ein und forderten nachdrücklich die Befreiung der Beamtenverwaltung, die verbindere, daß ein Aufstieg der unteren Beamten zu den höheren Ämtern möglich wird. In der Diskussion verfuhr ein Antisemit seine Phrasen an den Mann zu bringen, er mußte jedoch erleben, daß die Beamten dafür kein Verständnis besaßen. Auch diese Versammlung im Kreise Tiergarten unter den Beamten zeigte wiederum, daß wir mit Erfolg in den Wahlkampf eingetreten sind.

Für den Anschluß Deutschösterreichs. In Neufölln fand gestern eine Versammlung des österreichisch-deutschen Volksbundes statt, die sich zu einer großen Kundgebung für den Anschluß Deutschösterreichs und den Schutz Deutschböhmens gestaltete. Referenten waren Atsch Schütz (Wien) und Dr. Wischer, die über die Lage Deutschösterreichs und Deutschböhmens und die politischen Ereignisse der letzten Zeit sprachen. Die Versammlung war größtenteils von Arbeitern derartig stark besucht, daß eine Parallelsitzung improvisiert werden mußte. In der Entschliessung wurde die Durchführung des Anschlusses Deutschösterreichs und Abbau des tschechischen Militarismus verlangt.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postansage bei.

Für Einführung der totalen Schulverfassung und sofortige Aufhebung der alten Dienstverfassung öffentliche Kundgebung der reformwilligen Lehrer, Lehrkräften (Hochschule, Seminaristen) und Eltern am Sonnabend, 22. Januar, nachm. 5 Uhr, im Friedrich-Wilhelm-Gymnasium, Kottb. 13. Redner: Dr. Lorenz, Lehrer Kurtz, Lehrer Kölling Prof. Dettlich.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Freitag, den 21. Januar:

Jungsozialistische Versammlung. 7 1/2 Uhr in der Juristischen Sprechstunde Vortrag Dietzmann über „Weltgeld und Volkswirtschaft“.

Morgen, Sonnabend, den 22. Januar:

Abteilung 1a. Zur Empfangnahme der „Vormärz“-Exemplare für die „Vormärz“-Agitation finden sich die Genossen um 6 Uhr bei Genossen Schöten, Coorntzenstr. 7, ein. Wohnort: 7 Uhr bei Genoss. Schulzenhofstr. 20. Öffentliche Wählerversammlung. Tagesordnung: „Die bevorstehende Landtagswahl!“ Referent: Gen. Friedrich Daniels (Parteinachricht.)

Gewerkschaftsbewegung

Abwehr gegen Gewerkschaftszersplitter.

In den meisten Organisationen des Baugewerbes hatten unsere Parteigenossen bisher von der Bildung von S.P.D.-Fraktionen abgesehen, obgleich die Moskauer Richtung der Organisationszersplitter dort ebenso eifrig am Werk ist wie in allen anderen Gewerkschaften. Unsere Parteigenossen glaubten, auch ohne Zusammenschluß in einer Fraktion dem Uebel Herr werden zu können. Die Erfahrung hat aber gelehrt, daß die Zurückhaltung unserer Parteigenossen auf der anderen Seite als Schwäche ausgelegt wird. Es ist ja auch nicht jedermanns Sache, sich mit Phrasenhelden herumzubalgen, die nicht auf sachliche Gründe hören, sondern nur den großen Mund brauchen und mit der brutalen Faust drohen. So kommt es denn, daß ein kleines Häuflein unerwählter Schreiber sich die Herrschaft über die ruhige und besonnene Mehrheit glaubt anmaßen zu können. Es geht eben nicht anders: Dem organisierten Terror, dem rücksichtslosen Vorgehen der Anhänger Moskows muß die organisierte Abwehr entgegengesetzt werden. Nur so ist es möglich, die Einheitsfront der Gewerkschaften aufrechtzuerhalten und sie ihrer Aufgabe: geschlossener Kampf gegen das Unternehmertum, wieder zuzuführen. Betrogen von dieser Erkenntnis hatten sich am Donnerstag Funktionäre aller Berufe des Baugewerbes zusammengefunden, um Maßnahmen zum planmäßigen Abwehrkampf gegen die Gewerkschaftszersplitter zu beraten. Eine Kommission wurde eingesetzt, welche die hierzu nötigen Schritte vorbereiten soll.

Das Ueberstundenwesen im Baugewerbe war Gegenstand einer Versammlung der Bankangestellten, die vom Allgemeinen Verband der deutschen Bankangestellten einberufen worden war und in der Marx referierte. Vom Arbeitsministerium ist anlässlich der Verhandlungen über den Reichsarbeitsvertrag den Bankleitungen dringend empfohlen worden, mit den Angestelltenorganisationen am 17. Januar zusammenzutreten, um über die Befreiung der Ueberstunden zu beraten. Der Verband der Bankleitungen glaubte den Termin nicht innehalten zu können. Die Verhandlungen werden aber doch in den nächsten Tagen stattfinden. — Als Mittel zur Befreiung der Ueberstunden schlägt der Vorstand des Allgemeinen Verbandes der Bankangestellten vor, bei einer Häufung der Arbeitslast eine angemessene Zahl von Neueinstellungen vorzunehmen. In Betrieben, die dazu geeignet sind, ist die Schichtarbeit durchzuführen. Dann ist ferner scharf darauf zu achten, daß auch die betreffenden Bureauleiter solange im Bureau aushalten, bis der letzte Angestellte das Bureau verläßt. Weiter wird gefordert, die bürdenreichen Tage zu vermeiden und bürdenfreie Sonnabende einzuführen, sowie stets das gesamte Material den Betriebsräten zugänglich zu machen.

Die Versammlung nahm eine Resolution an, durch die sie den Allgemeinen Verband beauftragt, in den kommenden Verhandlungen mit dem Reichsverband der Bankleitungen unter Anwendung aller dafür in Betracht kommenden gewerkschaftlichen Mittel dafür zu wirken, daß die brennende Frage der Befreiung der Ueberstunden im Sinne der vom Referenten gemachten Ausführungen gelöst wird. Ferner fordert die Versammlung die zuständigen behördlichen Instanzen mit Nachdruck auf, endlich dafür zu sorgen, daß die für die Arbeitszeit maßgebenden gesetzlichen Bestimmungen auch für das Baugewerbe Geltung erlangen.

Die Versammlung der Coewe-Belegschaft wird auf Montag verlegt, und zwar für die Mitglieder des Metallarbeiterverbandes um 10 Uhr in der „Krone“ und für die gesamte Arbeiterschaft um 12 Uhr ebenda.

Die sächsischen Gemeindearbeiter hatten vor kurzem neue Forderungen an die Gemeinden gestellt, obwohl der letzte Streit mit teilweisem Erfolg erst drei Monate zurückliegt. Diesmal ist jedoch ein Kompromiß in Aussicht genommen. Die zwischen dem Gemeindeverband und den Gemeindearbeitern geführten Verhandlungen haben zu einer Einigung geführt. Danach erhalten die Gemeindearbeiter je nach der Ortsklasse Zulagen von 30 bis 60 Pf. pro Stunde, rückwirkend vom 1. Januar 1921 ab.

Zentralverband der Angestellten, Maschinen- und Bergbau- und Gießereien. Die für heute angelegte Mitgliederversammlung fällt aus.

Wirtschaft

Reform der Handelsstatistik.

Das Reichswirtschaftsministerium beabsichtigt, eine Handelsstatistik, ebenso wie vor dem Kriege, wieder zu veröffentlichen. Bisher gab es aber keine Möglichkeit, die Einfuhrwerte einwandfrei zu ermitteln, da ein Zwang für ihre Angabe nicht besteht. Auch für die Schätzung dieser Werte fehlt — bei den außerordentlichen Schwankungen und Preisschwankungen — zunächst noch eine einwandfreie Berechnungsgrundlage. Um zu einer Klärung der Frage zu gelangen, hat das Reichswirtschaftsministerium eine Kommission namhafter Volkswirte eingesetzt zur wissenschaftlichen Begutachtung des vorliegenden Zahlenmaterials. Auch bereitet das Statistische Reichsamt eine grundlegende gesetzgeberische Reform der Handelsstatistik vor; die Vorarbeiten hierzu stehen kurz vor dem Abschluß. Als Mitglieder der handelsstatistischen Kommission sind berufen die Herren Richard Calwer und Dr. Kuczynski, sowie aus den Kreisen der statistischen Wissenschaft die Herren Professor Vogt, Schumacher und Julius Wolff. Die Kommission wird in den nächsten Tagen im Reichswirtschaftsministerium zusammentreten.

Charlottenburger Wasser- und Industriewerke K.-G. Die Gesellschaft erzielte im Jahre 1919/20 eine Steigerung des Reingewinns auf 4 180 220 (1927 296) M. Hieraus soll eine Dividende von 9 (5) Proz. verteilt werden. Die Gesellschaft hat sich dem Bau von Wasserversorgungsanlagen für fremde Rechnung, insbesondere dem Bau von Kühlwasserversorgungsanlagen für große Elektrizitätszentralen usw. zugewandt. Die Verwaltung beantragt bei der ordentlichen Generalversammlung die Aufnahme einer Obligationenanleihe von 20 Mill. Mark. Obgleich sich die Zahl der Anschlüsse um 790 vermehrt hat, ist die Menge des verkauften Wassers im Geschäftsjahr 1920 zurückgegangen. Dies ist zum größten Teil auf die Einschränkung der Warmwasserversorgung, zu einem kleinen Teil auf die dem Verbrauch ungenügende Witterung zurückzuführen.

Textilkrise im Elsaß. In der Textilindustrie im Elsaß ist eine weitere Verschärfung der Krise eingetreten. Die meisten Baumwollfabriken haben die Arbeitszeit von sechs auf fünf Stunden herabgesetzt. Die gleiche Gefahr droht den Leinwandwebereien. Die Zahl der Arbeitslosen wird amtlich auf 60 000 geschätzt.

Deutsch-kaufmännische Wirtschaftsfragen. Mit der Wiederbelebung der Handelsbeziehungen Deutschlands zu dem großen kaufmännischen Wirtschaftsgebiet beschäftigte sich am Donnerstag der Deutsch-russische Verein. Nach Referaten zweier Vertreter und nach längerer Aussprache wurde eine Entschliessung angenommen, in der die Versammlung es für dringend erwünscht erklärte, daß die Handelsbeziehungen zu den kaufmännischen Ländern möglichst bald wieder aufgenommen werden. Große Mengen der kaufmännischen Produkte, die in Deutschland dringend benötigt werden, lägen zur Ausfuhr bereit, und andererseits sei die deutsche Industrie in der Lage, die im Kaufsland vollständig fehlenden Fabrikate sofort zur Ausfuhr zu bringen.

Beamt. für den rehaft. Zell: Dr. Werner Beyer, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Wiest, Berlin; Verlag: Vormärz-Verlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Vormärz-Verlag, Berlin; Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin, Eisenstr. 2.

